

Kriminalität

Weniger Verbrecher

Soziale Brennpunkte, offene Grenzen und anonyme Gesellschaften: Viele sehen in diesen Bedingungen der modernen Zeit eine ideale Brutstätte für Kriminalität. Doch die Zahl der Überfälle, Morde und Diebstähle in Deutschland geht seit Jahren zurück. Liegt das an besseren Schutzmaßnahmen oder sind die Menschen einfach ehrlicher geworden?

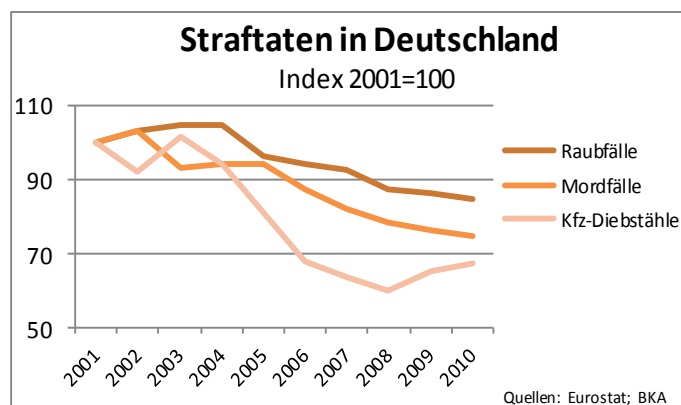
Insgesamt ist die Zahl der polizeilich registrierten Kriminalitätsfälle in Deutschland von 2001 bis 2010 um 6,7 Prozent gesunken. Im Jahr 2010 wurden mehr als 430.000 Straftaten weniger verzeichnet als 2001. Zwar nahmen Internet-Betrug und illegaler Datenhandel dank neuer technischer Möglichkeiten zu. Zudem sind sexueller Missbrauch und häusliche Gewalt nach wie vor ein großes Problem. Raube, Morde und Autodiebstähle sind dagegen deutlich seltener geworden (siehe Grafik). Im Vergleich zu 2001 ist die Zahl der Autodiebstähle bis 2010 um rund ein Drittel zurückgegangen. Die Zahl der Mordfälle fiel immerhin um ein Viertel.

Auch in anderen Industrieländern kann man diese positive Entwicklung beobachten. Ein Grund dafür ist der Fortschritt in der Sicherheitstechnik. Überwachungskameras, Alarmanlagen und mehr Security-Dienstleister tragen dazu bei, dass es insgesamt schwieriger ist, eine Straftat unbeobachtet zu begehen.

Auch die demografische Entwicklung, die grundsätzlich mit Sorge betrachtet wird, ist mitverantwortlich für den Rückgang der Kriminalität, denn die meisten Straftaten begehen Jugendliche. In Deutschland ist der Anteil der 16- bis 24-Jährigen an der Bevölkerung in den vergangenen Jahren immer kleiner geworden. Auch das höhere Bildungsniveau der jungen Menschen und der tendenziell sinkende Konsum von Drogen verringern die Zahl der Straftaten.

Ein weiterer Grund für die sinkende Kriminalität liegt im Konsumumfeld. Viele Produkte, die früher beliebtes Diebesgut waren, sind inzwischen uninteressant geworden. Technische Geräte sind mittlerweile für eine breite Masse erschwinglich und werden immer mehr von Luxus- zu Konsumgütern. Da zudem immer seltener bar bezahlt wird, lohnt sich für Diebe ein Überfall oftmals gar nicht mehr.

In den USA wirkte sich auch das Aufheben des generellen Abtreibungsverbots in den 1970er Jahren auf die Kriminalitätsrate aus. Insgesamt wuchsen weniger Kinder in den Armutsvierteln auf, in denen eine kriminelle Laufbahn wahrscheinlicher ist. Auch die polizeiliche Präsenz in gefährdeten Gebieten wurde erhöht, sodass einige Stadtbezirke sicherer wurden.



Die Techniken und Methoden zur Überführung von Verbrechen sind ebenfalls besser geworden. DNA-Identifikation, Lokalisierung von Mobiltelefonen und Überwachungssysteme machen es einfacher, Beweise zu liefern und Täter zu überführen.

Harte Strafen hingegen sind kein gutes Mittel gegen Kriminalität. Präventionsmaßnahmen etwa sind weitaus wirkungsvoller als volle Gefängnisse – insbesondere, wenn Schulen, Polizei, Jugendämter und Migrationsverbände miteinander kooperieren. Noch wichtiger als eine gute Zusammenarbeit dieser Akteure ist jedoch, den Jugendlichen eine Perspektive zu bieten. Die EU-weit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland schafft Aufstiegschancen, die lukrativer sind als jeder Autodiebstahl.

Auch wenn es regional und lokal in Deutschland soziale Brennpunkte gibt, die unter einer zunehmenden Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien leiden, bleibt der durchschnittliche Befund positiv.

The Economist "Where have all the burglars gone?", 20.07.2013

Whistleblowing

Das Dilemma des Edward Snowden

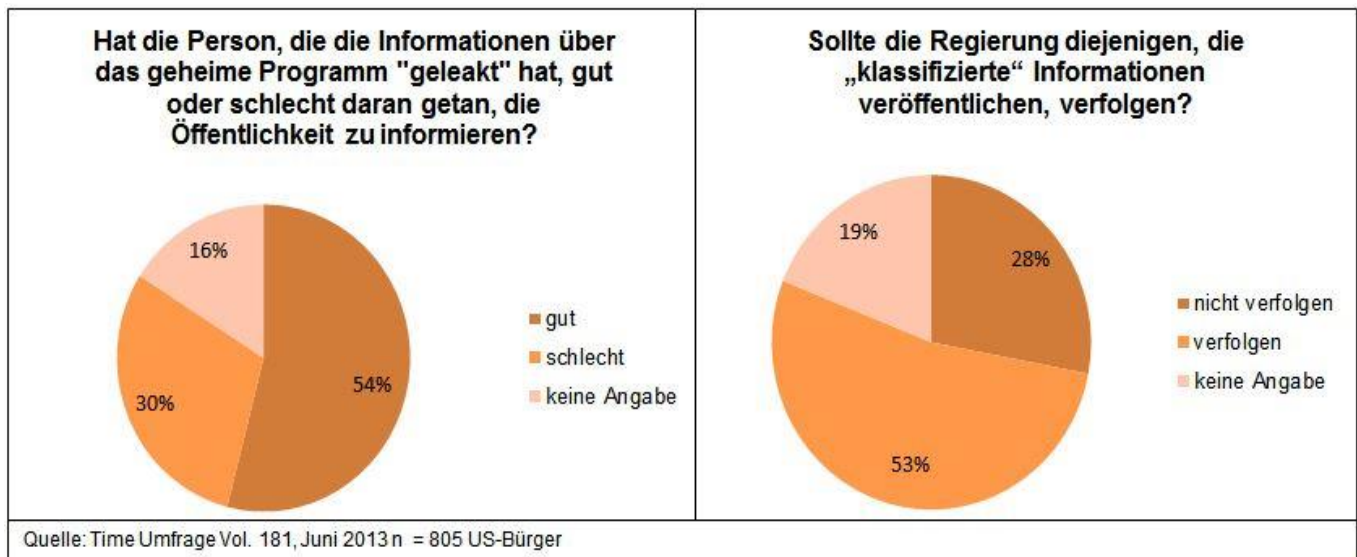
Die Meinungen über die Ausspähprogramme der britischen und amerikanischen Geheimdienste gehen weit auseinander. Viele sind sich nicht sicher, wie sie die Handlung des Whistleblowers Edward Snowden moralisch bewerten sollen – ein typisches Dilemma.

Im Juni 2013 enthüllte der damals 29-jährige, ehemalige Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden Informationen über die geheimen Ausspähprogramme der National Security Agency (NSA). Seitdem veröffentlicht er immer wieder neue Informationen, wie die Geheimdienste scheinbar gegen den Schutz der Privatsphäre verstoßen und andere Regierungen ausspionieren.

hält eine große Mehrheit von 70 Prozent Snowdens Tat für richtig und nur 43 Prozent würden ihn verfolgen lassen.

Ein solch inkonsistentes Stimmungsbild ist nicht ungewöhnlich für Fälle des Whistleblowings. Wenn ein Mitarbeiter Dritten über illegale, gefährliche oder unmoralische Aktivitäten des Arbeitgebers berichtet, ist dies moralisch schwer zu bewerten. Denn Whistleblowing beinhaltet immer einen Trade-Off. Entweder der potenzielle Berichterstatter bricht seine Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber oder er verrät die Gesellschaft, indem er mögliche Gefahren verschweigt. Hier gilt es zu bewerten, welcher Loyalitätsbruch schwerer wiegt.

Im Fall Snowden ist die moralische Bewertung womöglich noch schwieriger, denn hier ist der Arbeitgeber der Staat. Darf sich ein Whistleblower gegen den Staat für die Gesellschaft einsetzen? Auch hier zeigt sich kein ein-



Die Meinungen darüber, ob Snowden damit eine gute oder eine schlechte Tat begangen hat, gehen auseinander. In einer Umfrage kurz nach den ersten Veröffentlichungen im Juni 2013 hielten 54 Prozent der befragten Amerikaner die Aufdeckung für eine gute Tat. Etwa ein Drittel bewertet Snowdens Vorgehen dagegen als schlecht (siehe Grafik links). Trotz dieses positiven Stimmungsbildes für Snowden geben in derselben Befragung 53 Prozent an, dass die Regierung diejenigen verfolgen sollte, die geheime Informationen herausgeben. Nur 28 Prozent meinen, die „Leaker“ sollten nicht verfolgt werden, da die Öffentlichkeit ein Recht darauf habe, die Wahrheit zu erfahren. Dabei ist auffällig, dass die Meinungen je nach Altersgruppe unterschiedlich ausfallen. In der Gruppe der 18- bis 34-Jährigen

deutiges Stimmungsbild. 63 Prozent der Befragten haben Sorge, dass die Regierung die Spähprogramme nutzt, um in den Privatleben der Menschen „herumzuschnüffeln“. Gleichzeitig denken 64 Prozent, dass die Programme dazu beigetragen haben, das Land vor Terrorattacken zu schützen. Ausspähprogramme werden letztlich – nach Abwägung der Vor- und Nachteile von 48 Prozent der Amerikaner befürwortet, während sie 44 Prozent ablehnen.

Weil es so schwer fällt, eine moralische Richtlinie für das „Verpfeifen“ zu formulieren, tun Unternehmen gut daran, zum Beispiel eine Hotline einzurichten, an die sich Mitarbeiter anonym wenden können. So können Unternehmen frühzeitig von Fehlentwicklungen im Unternehmen erfahren und so die Missstände beheben, bevor ein Reputationsschaden entsteht.

Überfischung

Nachhaltiger Fischkonsum

Fisch ist lecker, gesund und die Weltmeere sind vermeintlich voll davon und der Fischfang ist kaum zu begrenzen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der Fischfang und -konsum weltweit steigt. Der Fischgenuss hat aber Konsequenzen: Viele Fischarten sind vom Aussterben bedroht, und das Ökosystem Meer ist gefährdet.

Fisch ist in vielerlei Hinsicht gut für den Körper. Er enthält wichtige Omega-3-Fettsäuren sowie Proteine, und er hilft, Arthritis und Herzinfarkten vorzubeugen. Ärzte empfehlen, Fisch – im Gegensatz zu Fleisch – möglichst häufig auf den Speiseplan zu setzen.

Doch ein steigender Fischkonsum hat ökologische Konsequenzen. Aktuell sind weltweit 30 Prozent der kommerziell genutzten Fischbestände überfischt. In Europa beträgt der Anteil der bedrohten Bestände sogar 47 Prozent. Ein solch tiefgreifender Einschnitt in das Ökosystem Meer kann ganze Arten ausrotten, Nahrungsketten stören und sogar das Klima verändern.

Politische Gegenmaßnahmen sind unterschiedlich effektiv. Ein- und Ausfuhrzölle für Fisch können den Produzenten zusätzliche Kosten aufbürden, sodass sowohl das Angebot von als auch die Nachfrage nach Fisch gemindert würde. Derartige Eingriffe in den Markt sind allerdings ebenfalls problematisch. Sie könnten zu einem Engpass in der Versorgung und zur Abwanderung der Produzenten in den Schwarzmarkt führen.

Auch denkbar wären Ausrüstungsbeschränkungen für Fischereiunternehmen, wie z.B. festgelegte Maschengrößen zur Vermeidung von Beifang. Die Umsetzung der Regeln kann jedoch kaum kontrolliert werden, sodass die Fischer ohne großes Risiko die Regeln brechen können.

Viele Länder haben sich auf internationale Abkommen geeinigt. Diese legen Fangquoten für gefährdete Arten fest und stecken Fangschutzzonen ab, in denen gar nicht oder

nur zu bestimmten Zeiten (z.B. außerhalb der Paarungszeit) gefischt werden darf. Diese Abkommen müssen allerdings noch stärker ausgebaut und vor allem effektiv kontrolliert werden, um künftig Überfischung zu verhindern.

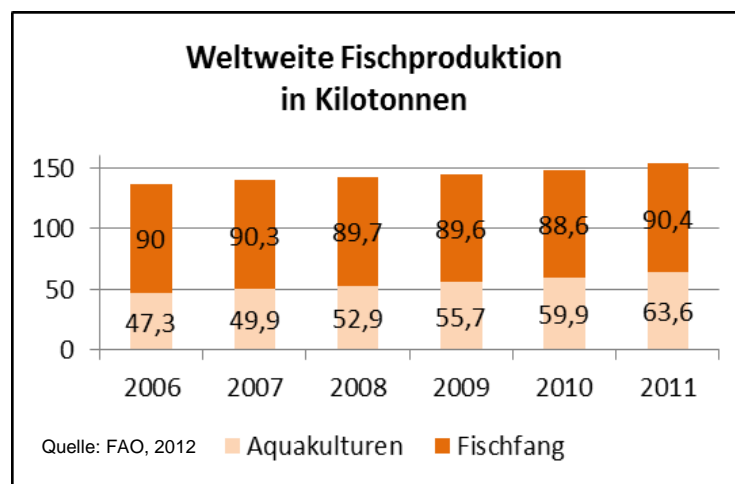
Darüber hinaus sollen Aquakulturen die Fischbestände erhalten. Dabei werden die Fische kontrolliert gezüchtet und gefangen statt sie in freier Wildbahn zu fischen. Damit hat der Produzent den Anreiz, seine Bestände nachhaltig zu nutzen, da er nicht fürchten muss, dass andere Fischer von seinen Investitionen profitieren. Denn Fischbestände werden quasi zum Eigentum eines einzelnen Anbieters und sind nicht länger ein Gemeinschaftsgut. Das sogenannte Allmendeproblem der Übernutzung von Gemeinschaftsgütern kann so vermieden werden. Von 2006 bis 2011 stieg der Output solcher

Fischfarmen um fast ein Drittel auf knapp 64 Kilotonnen (siehe Grafik).

Allerdings hat die Züchtung von Raubfischen den Nachteil, dass zur Herstellung eines Kilogramms Zuchtfisch bis zu fünf Kilogramm Wildfisch als Futter benötigt werden. Zur Lösung

dieses Problems wird intensiv nach Futtermitteln geforscht, die auf Basis von Sojabohnen zwar protein- und ölhaltig und damit eine gute Nahrungsquelle sind – aber die natürlichen Fischbestände nicht gefährden.

Ergänzend zu den staatlichen und unternehmerischen Anstrengungen kann bewusstes Konsumverhalten die Fische schützen. Mit dem Kauf von Produkten mit Nachhaltigkeitssiegeln, wie dem MSC-Siegel (Marine Stewardship Council), unterstützt der Käufer nachhaltige Fischerei, die zum Beispiel schonende Fangmethoden anwendet, um wenig andere Meeresbewohner mit einzufangen. Darüber hinaus empfiehlt die Naturschutzorganisation WWF auf besonders überfischte Arten wie Aal, Dornhai und Dorsch zu verzichten – und stattdessen westeuropäischen Zander, Wolfsbarsch und weißen Thunfisch zu essen.



Corporate Social Responsibility

Ethik im Hochschulalltag

Öffentlichkeit und Politik wünschen sich von Unternehmen mehr gesellschaftliches Engagement. Die Hochschulen reagieren darauf mit Seminaren zu wirtschaftsethischen Themen.

Corporate Social Responsibility (CSR) beschreibt die gesellschaftliche Verantwortung, die Unternehmen für ihre Stakeholder, also Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten, Nichtregierungsorganisationen und die Gesamtgesellschaft tragen. Eine erfolgreiche Integration von CSR als freiwilliges, individuelles Konzept in das Hauptgeschäft eines Unternehmens ist aber nur mit Unterstützung von Forschung und Lehre möglich. Vor diesem Hintergrund wünschen sich Studenten und Unternehmen mehr ethische Inhalte im Wirtschaftsstudium.

Im Auftrag des nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und Wissenschaftsministeriums wurde 2013 erstmals der CSR-Atlas (Edition Hochschulen NRW 2012) veröffentlicht. Der Atlas beschreibt die CSR-Aktivitäten und – Strategien von Hochschulen und Unternehmen und soll dabei helfen, deren Kommunikation untereinander zu verbessern und die praktische Auseinandersetzung mit CSR im Hochschul- und Unternehmensalltag zu intensivieren. Primäres Ziel des Atlases ist die Vernetzung von Unternehmen und Hochschulen im Bereich CSR.

In Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit insgesamt 69 Hochschulen. In 51 davon gibt es einen wirtschaftswissenschaftlichen Bereich; 22 davon haben sich an einer Befragung für den CSR-Atlas beteiligt (siehe Abbildung). Die Hochschulen beschreiben im CSR-Atlas ihre grundsätzliche Struktur und inwieweit CSR in Modulen

und Studienschwerpunkten verankert ist. Die Fächer mit CSR-Inhalten heißen zum Beispiel Wirtschaftsethik, Führung, Umweltmanagement und Corporate Citizenship. Vier der 22 Hochschulen (FOM Köln, Heinrich-Heine-Universität, Hochschule Niederrhein, Fachhochschule Münster) haben Wirtschaftsethik ausdrücklich als Pflichtfach aufgeführt. In einigen Studiengängen gilt dies auch für die Fachhochschule Köln. Einige Hochschulen forschen darüber hinaus über das Thema gesellschaftliche Unternehmensverantwortung und kooperieren mit Unternehmen.

Viele Hochschulen behandeln CSR jedoch als Unterpunkt anderer wirtschaftswissenschaftlicher Module wie zum Beispiel Marketing. Es ist aber in Nordrhein-Westfalen ein Trend festzustellen, Wirtschaftsethik in eigenen Modulen, teilweise sogar als Schwerpunkt, in den Lehrplan zu integrieren.

Über das Studium hinaus bieten Projekte wie die Non-Profit-Organisation „Enactus“ (entrepreneurial, action, us) den Studenten die Möglichkeit, sich auch außerhalb des

Lehrplans im Bereich CSR zu engagieren. Zudem können sich die Studenten in Studentennetzwerken wie „sneep“ (student network for ethics in economics and practice) über das Thema austauschen.

Auch nach dem Studium bleibt das Thema auf der Tagesordnung.

Viele Firmen bemühen sich um die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter im Bereich CSR. Ethik-Seminare, wie sie die IW Akademie (www.iw-akademie.de) anbietet, werden von Unternehmen zunehmend genutzt. Auch die Zahl der Masterstudiengänge nimmt in diesem Bereich zu. Viele der im CSR-Atlas aufgeführten Hochschulen, wie z.B. die EBZ Business School bieten im wirtschaftswissenschaftlichen Master Wahlmodule im Bereich Ethik an.

